Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig

	-	
70.3	-4 4	
2024	4	

Ausgegeben Danzig, ben 4. Marg

1939

Zag	Inganisco ikin die malso seedilani Inhalt:	Seit
	Berordnung zur Förberung und Sicherstellung ber jübischen Auswanderung aus bem Gebiet Stadt Danzig	89
3. 3. 1939	Berordnung zur Durchführung ber Berordnung über bie Förderung und Sicherstellung be Auswanderung aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig	r jüdischen

36

Verordnung gizen zenie egloini den tileft gillimier

ran die in Jur Förderung und Sicherstellung der jüdischen Auswanderung aus die algischießte Grand Danzig. Welle der Freien Stadt Danzig.

Bom 3. Märs 1939.

Auf Grund des § 1 Ziffer 65 und des § 2 des Gesetes zur Behebung der Not von Bolf und Staat vom 24. Juni 1933 (G.Bl. S. 273) sowie des Gesetes zur Berlängerung dieses Gesetes vom 5. Mai 1937 (G.Bl. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetskraft verordnet:

8 1

- (1) Zur Sichenstellung und Förderung der jüdischen Auswanderung aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig bilden alle Juden einen Haftungs- und Gewährsverband, die
 - a) die Danziger Staatsangehörigkeit besithen
 - b) nicht nachweisbar eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen und im Gebiet der Freien Stadt Danzig ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben.

ober

- c) im Gebiet ber Freien Stadt Danzig Eigentümer von Grundstüden sind.
- (2) Dem Haftungs- und Gewährsverband gehören nicht an Juden mit fremder Staatsangehörigkeit, soweit
 - a) zwischenstaatliche Abmachungen der Einbeziehung entgegenstehen,
 - b) der Senat im Einzelfalle von der Einbeziehung absieht.
- (3) Wer Jude ist, bestimmt sich nach der Verordnung zum Schutze des deutschen Blutes und der beutschen Ehre vom 21. November 1938 (G.VI. S. 616).

§ 2

Die Haftung des Haftungs- und Gewährsverbandes erstreckt sich auf alle Aufwendungen, die der Senat der Freien Stadt Danzig oder von ihm beauftragte Personen oder Personenverbände zur Förderung der jüdischen Auswanderung aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig machen.

g grundfilden find und ber Gefellichaftegwed unter

Zur Durchführung der Haftung der Mitglieder des Gewährsverbandes unterliegt das gesamte inländische Vermögen der Mitglieder einem Verfügungs= und Veräußerungsverbot.

standing in the standing of the

Der Senat bestellt einen Beauftragten, welcher Ausnahmen von dem in § 3 bezeichneten Berfügungsverbot im einzelnen oder allgemein zulassen kann, insbesondere wenn dieses zur Förderung der Auswanderer der Bermögensinhaber selbst erforderlich ist. Der Beauftragte des Senats kann diese Ausnahmen von Auflagen an die Mitglieder des Gewährsverbandes oder die Eigentümer der im Einzelfall zur Veräußerung oder zur Verfügung freigegebenen Vermögensteile abhängig machen.

§ 5

Wer den Bestimmungen dieser Berordnung oder ihrer Durchführungsbestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gesängnis nicht unter einem Jahr und mit Geldstrase bis zu 300 000 G oder mit einer dieser Strasen bestrast.

Der Versuch ist strafbar.

Wird die Zuwiderhandlung nur fahrlässig begangen oder sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt nur die Geldstrafe ein. Anstelle einer nicht einbringlichen Geldstrafe tritt Gefängnisstrafe nach Maßgabe der bestehenden Vorschrift.

8 6

Zur Aburteilung von Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung sindet das Schnellverfahren nach § 212 der Strafprozehordnung (Verordnung zur Beschleunigung der Aburteilung von Straftaten vom 19. Dezember 1933 — G.V. S. 630) auch dann statt, wenn der Beschuldigte sich weder freiwillig stellt noch infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt wird. Wenn der Beschuldigte eine Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung vorbehaltlos einräumt, kann er sich vordem nach § 4 bestellten Beauftragten des Senats der in einer Niederschrift sestzusehenden Strafe unter Verzicht auf Gerichtsentscheidung sosort unterwerfen. Die Unterwerfung steht einer rechtskräftigen Berurteilung gleich.

Siffer 65 und bes & 2 7 8

Die Berordnung tritt mit der Berkündung in Kraft. Der Senat wird ermächtigt, Durchführungsbestimmungen zu dieser Berordnung zu erlassen.

Danzig, ben 3. März 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Greiser Dr. Hoppenrath

F. Fz. 15⁵⁰

37

Verorbnung

jur Durchführung der Berordnung über die Förderung und Sicherstellung der jüdischen Auswanderung aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig vom 3. März 1939.

Wom 3. März 1939.

Auf Grund des § 7 der Berordnung zur Förderung und Sicherstellung der jüdischen Auswanderung aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig wird folgendes verordnet:

\$ 1

Eigentümer von Grundstüden im Sinne des § 1 Abs. 1 Buchstabe c ist auch der Miteigentümer eines Grundstüds gemäß § 1008 BGB., ferner jeder Teilhaber einer gesamthänderischen Gemeinsichaft oder Gesellschaft, sofern zum Vermögen der Gemeinschaft oder Gesellschaft ein Grundstüd geshört.

Als Eigentümer von Grundstüden gilt auch der Gesellschafter einer G. m. b. H. oder einer Aktiengesellschaft, sofern die Gesellschaften Eigentümer von Grundstüden sind und der Gesellschaftszweck unter anderem auf die Berwaltung von Grundstüden gerichtet ist.

8 2

Zur Sicherstellung der Haftung gemäß § 3 unterliegen Wertpapiere, die den Mitgliedern des Haftungs= und Gewährsverbandes gehören, dem Depotzwang. Demzufolge sind Attien, Ruxe, festsverzinsliche Werte und ähnliche Wertpapiere in ein Depot bei einer Devisenbank einzulegen. Neuserwordene Wertpapiere sind binnen einer Woche nach dem Erwerd in ein solches Depot einzuliesern. Der Besiher derartiger einem Juden gehöriger Wertpapiere darf die Wertpapiere nur an eine Devisenbank für Rechnung des Juden aushändigen.

Soweit zu Gunsten von Juden Wertpapiere bereits im Depot bei einer Devisenbank liegen, haben die Juden unverzüglich der Bank durch eine schriftliche Erklärung ihre Eigenschaft als Juden anzuzeigen. Im Falle des Abs. 1 Sat 3 muß die Erklärung gegenüber dem Besitzer erfolgen.

8 3

Von dem Verfügungs= und Veräußerungsverbot (§ 3 der Verordnung) ist das Vermögen der Inden insoweit befreit, als es sich um bewegliche Gegenstände des persönlichen Gebrauchs und des Hausrats handelt, die nicht Luxusgegenstände sind.

8 4

Berfügungen im Rahmen einer angemessenen Lebensführung ober des regelmäßigen Geschäftsverkehrs bedürfen nicht einer besonderen Genehmigung durch den Beauftragten des Senats (§ 4 der Verordnung).

\$ 5

Die Durchführungsverordnung tritt mit der Berfündung in Rraft.

Danzig, ben 3. März 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Greiser Dr. Hoppenrath

F. Fz. 15⁵⁰

Someit zu Gunften von Inden Mertpaviere bereits im Devot bei einer Devifenhant liegen. haben bie Erden unverzüglich der Bant durch eine schriftliche Erklärung ihre Elgenschaft als Isden anzuzeigen. Im Falle des Abs. 1 Sah 3 nuh die Erklärung gegenüber dem Besitzer ersolgen.

8 5 8 8

Bon dem Berfügungs und Beräuherungsberbot (§ 3 der Berardnung) ist das Bernögen der Juden insamelt befreit als es lich um bewegtige Gegenflände des personlichen Gebrauchs und des Haussatts bandelt die nicht Luxusgegenstände sind.

Der Berfuch M ftrafbar

gerieden der Genedlie der von bei bei beit beit der Berteine beiter bes regelmäßigen Geschäfte ober Bertiggungen im Rahmen einer dengemellende Beitebene bes regelmäßigen Geschäfte ober bedürfen nicht einer besonderen Genehmigung durch den Beaufträgten des Senats (gudaller der Beaufträgten des

Jur Aburleitung don Zuwiderbendiungen gegez gleie elerardnung indet des Somellverfahren nach 8. 212 des Gerninrozehardnung (Neuerdnung gegez dies Elevatium in mundrarzebegnungsberningsberichten taten vom 19. Dezember 1933 "Nach, ni prydhaftige ist die litzt anuthararzebegnungsberichten die Gereichten dem Gereichten der Gereichten Gereichte

8.7

Die Berordnung irift mil ber Berfundung in Reaft. Der Senat wird ermäckligt. Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung zu erfassen.

Dangig, ben 3. Marg 1939.

Der Genat ber Freien Stadt Dangie

Bersenne

int Durchführung ber Berorbnung über bie 3beberung nib Giderftellung ber indlichen Antwanderung aus bem Geblet ber Freien Stobt Dunglg com 3. Mary 1939.

Stem 3, 9377: 1989

Mill berlind bes fi 7 ber Metmbeitung mir Borberung und Glabeifteilung ber jubifchen Auswanderung aus dem Gebiet der Freien Studt Bonisg wird fallwaben vererbneft

Eigentümer von Grundfieden im Eime des § I. Abi, I Buchftabe e ilt auch der Beiteinentimer eines Grundfieds gemäß § 1008 BGB. ferner jeder Teilhaber einer gesamthänderischen Gemein ihalt oder Gesellichaft, joiern zum Bermögen der Gemeinschaft oder Gesellschaft au Grundpale geborn.

Alls Eigentümer von Grundlicken geit auch der Gesellschafter einer W. m. b. b. ober einer Attiev veiellichaft, sosern die Gesellschaften Eigentümer von Grundstilden ind und der Gesellschaftszwed unter anderem auf die Berwaliung von Grundstilden gerichtet M.

0.0

Sur Sicherstellung der Haftung gemät 3 unterliegen Wertpapiere, die den Witgliedein der Auflungs- und Gewährsverdandes gedören dem Pepotymana. Demynfolge sind Altien Kure febnerikallige Werte und abalise Wertpapiere is ein Verot der einer Devilenkant einzulegen. Neuerwardene Wertpapiere sind dimmen einer Word nach dem Erwerd in ein losches Devat einzulegen. Der Belitze berartiger einem Jahen gehörtger Wertpapiere derr die Wertpapiere nur an einer Da-